



Positionen

zur Landtagswahl



Landtagswahl NRW
2017

Langzeitarbeitslosigkeit

Migration

Energiewende

Bezahlbarer Wohnraum

Offene Ganztagschule

Inklusion



Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren ist der Zusammenschluss der für den Kreis Düren örtlich zuständigen Gliederungen der in der „Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen“ zusammengeschlossenen Verbände.

Wir repräsentieren in besonderer Weise das zivilgesellschaftliche Engagement in der sozialen Arbeit und übernehmen sozialpolitische Verantwortung vor Ort. Wir sichern mit unseren vielseitigen sozialen Angeboten und unseren unterschiedlichen jeweiligen weltanschaulichen und konfessionellen Werten die Trägervielfalt für die Bürgerinnen und Bürger. Wir verstehen uns darüber hinaus als Anwalt für die Anliegen benachteiligter Menschen.

Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft ist Ausdruck unseres Ziels, uns gemeinschaftlich für die Belange benachteiligter Menschen im Kreis Düren einzusetzen und für diese Verantwortung zu übernehmen.

Zu unserer Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren gehören diese Mitglieder:

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Düren e.V.



Caritasverband
für die Region Düren-Jülich e.V.



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
LV-NRW e.V., Kreisgruppe Düren



Deutsches Rotes Kreuz
Kreisverband Düren e.V.



Diakonisches Werk
des Kirchenkreises Jülich



Diakonisches Werk
der Evangelischen Gemeinde zu Düren



Weitere Informationen über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren finden Sie unter www.wohlfahrt-dueren.de.

Gemeinsam. Sozial. Für NRW. Sie haben die Wahl – am 14. Mai!

Am Sonntag, den 14. Mai 2017, wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes besteht damit die Gelegenheit, Einfluss auf die weitere Entwicklung unseres Landes zu nehmen.

Mit einer solchen Wahl werden immer neue Weichen gestellt für die Ausrichtung der Politik in den nächsten Jahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren setzt sich dabei dafür ein, dass soziale Themen, die uns hier vor Ort im Kreis Düren besonders betreffen, mit in den Fokus gerückt werden. Wir haben daher insgesamt sechs soziale Themen ausgewählt, bei denen wir besonderen Handlungsbedarf sehen. Zu diesen sechs sozialen Themen – Migration, Inklusion, Langzeitarbeitslosigkeit, Bezahlbarer Wohnraum, Energiewende, Offene Ganztagschulen – finden Sie in dieser Broschüre Erläuterungen und Forderungen der Verbände der Freien Wohlfahrt an die Politik in unserem Lande.

Besonders interessant ist dazu natürlich, welche Meinungen und politischen Pläne die einzelnen Landtagskandidaten zu diesen sozialen Themen haben. Wir haben daher die Direktkandidat(inn)en der beiden Wahlkreise „Düren I“ und „Düren II - Euskirchen II“, deren Parteien bereits jetzt in unserem Landtag vertreten sind (CDU, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Piratenpartei und SPD), um ihre Einschätzung zu unseren sozialen Fragen gebeten. Alle Antworten, die wir von den Landtagskandidat(inn)en erhalten haben, finden Sie ebenfalls auf den folgenden Seiten. Vielleicht helfen Ihnen diese bei Ihrer Wahlentscheidung.

Der Wahltag ist in der Demokratie ein besonderer Tag. Wir haben das Recht zu wählen und sollten davon Gebrauch machen! Wir sollten unsere Zukunft aktiv mitgestalten und dazu gehört es aus Sicht der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege unbedingt, Einfluss darauf zu nehmen, dass Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt politisch gestärkt werden. Deshalb setzen wir die sozialen Themen in den Mittelpunkt dieser Broschüre zur Landtagswahl.

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und geben Sie am 14. Mai Ihre Stimme ab! Für NRW. Für soziale Fragen. Für die Solidarität in unserem Land.

Dirk Hucko

(Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren)



Positionen 1

Migration

Die Aufnahme von Schutzsuchenden erfolgt in der Regel zunächst in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Danach erfolgt eine Weiterverteilung an die Kommunen mit einer Unterbringung in kommunaler Verantwortung.

Während es für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes NRW eine klare Regelung zu den räumlichen Anforderungen sowie zu Qualität und Quantität der Betreuung der Schutzsuchenden gibt, fehlen einheitliche Vorgaben hierzu für die Unterbringung und Betreuung in den Kommunen. Entsprechend unterschiedlich sind die Bedingungen in den kommunalen Unterkünften.

Wo Menschen untergebracht sind und wohnen, sind angemessene Lebensbedingungen erforderlich, zu denen neben ausreichenden hygienischen Verhältnissen eine bedarfsgerechte Ausstattung und die Wahrung von Privatsphäre und Selbstbestimmung gehören. Dies ist nicht in allen kommunalen Unterkünften ausreichend gewährleistet. Ebenso ist auch die soziale Betreuung und Begleitung der Schutzsuchenden höchst unterschiedlich ausgestaltet.

Die Integration der Schutzsuchenden ist eine längerfristige Herausforderung. Auch nach Anerkennung ist eine Begleitung bei der Integration dringend erforderlich, sei es bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit als auch bei der Integration in die Gesellschaft. Hierfür stehen zu wenig Personalressourcen zur Verfügung.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die AG FW setzt sich für die Schaffung landesweit einheitlicher Standards für die Unterbringung von Schutzsuchenden ein – mindestens auf der Basis der Vorgaben für die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Von diesen Standards darf allenfalls bei akuten Kapazitätsengpässen und auch dann nur kurzfristig abgewichen werden. Gleichzeitig hält die AG FW es für erforderlich, dass die Kommunen auch finanziell in die Lage versetzt werden, diese Standards dauerhaft umzusetzen.

Die AG FW hält eine Verbesserung der Personalressourcen für die Integrationsarbeit der anerkannten Schutzsuchenden, die auch längerfristig angelegt ist und damit nachhaltig wirken kann, für unerlässlich.



CDU

Die Integration von Flüchtlingen wird eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Neben der Versorgung und Unterbringung geht es auch um Sprachkurse, Kenntnisse über unsere rechtsstaatlichen Regeln u.a.m. Dafür muss die Landesregierung den Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen und Gelder des Bundes vollständig an sie weiterleiten. So können dann bei der Unterbringung und Betreuung landesweit gleiche humanitäre Standards geschaffen werden.

Dr. Patricia Peill/CDU



Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl. NRW hat einen Integrationsplan erarbeitet. Darin sagen wir, was für Sprachvermittlung, Bildung und Arbeit, Wohnen und Kinderbetreuung notwendig ist. Die Kommunen erhalten mehr als 2,6 Milliarden für die Integration.

Cem Timirci/SPD

SPD



Als GRÜNE setze ich mich für eine menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten ein. Das bedeutet: Gute Unterbringung, angemessene medizinische Betreuung, qualifizierte Betreuung. Für Landeseinrichtungen gelten einheitliche Standards. Ich begrüße es, wenn sich die Kommunen ebenfalls darauf verständigen können. Bei der Finanzierung der Integrationsarbeit ist die rot-grüne Landesregierung ein starker Partner der Kommunen. Mit 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2016 für die Unterbringung und 700 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen überwies das Land den Kommunen deutlich mehr, als es vom Bund erhielt.

Gudrun Zentis/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Durch eigene Ansicht kann ich die Feststellungen und Forderungen der freien Wohlfahrtspflege nur bestätigen. Wohnunterbringung, hygienische Zustände Zusammenstellung der Wohngemeinschaften sind in vielen Unterkünften mehr als unzureichend.

Begleitende Sozialarbeit ist unabdingbar und eine kluge Investition. Die Kosten hierfür müssen zu 100% durch Land und Bund abgedeckt werden. Hier fehlt der Landesregierung das notwendige Bewusstsein.

Gunther Neubert/PIRATENPARTEI



www.wohlfahrt-dueren.de



Positionen 2

Inklusion

Körperliche, geistige und seelische Behinderungen stellen nicht nur für die Betroffenen selbst eine Herausforderung dar, sondern auch für unser Gemeinwesen. Unsere Verpflichtung ist es, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben inmitten unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Verzögerungen in der Entwicklung und Behinderungen müssen frühzeitig erkannt und ihnen muss durch geeignete, individuelle Maßnahmen und Therapien entgegen gewirkt werden. Jedem Kind, das von seinen Möglichkeiten her eine Regelschule besuchen könnte, muss diese Chance auch wohnortnah eingeräumt werden.

Jeder Mensch mit Behinderung sollte sich als Teil einer produktiven Gesellschaft fühlen können, Anerkennung und ein angemessenes Entgelt für die Dinge erhalten, die er fähig ist zu leisten.

Menschen mit körperlichen Behinderungen stoßen immer wieder auf unüberwindbare Barrieren: Treppen, Bordsteine, zu schmale Wege, überfüllte Busse, unzugängliche Kinos. Inklusion ist dabei kein Thema nur für Menschen mit Behinderungen. Vor ähnliche Probleme sehen sich oft auch z. B. Mütter mit Kinderwagen und ältere Menschen gestellt.

So weit wie möglich selbst zurechtkommen und selbst entscheiden, wie man leben möchte, das ist ein zentraler Wunsch bei allen Menschen mit Behinderungen. Es fehlt oftmals an barrierefreien, bezahlbaren Wohnungen, um die Eigenständigkeit zu erhalten. Menschen mit Lernbehinderung oder leichter geistiger Behinderung können oft ihre Angelegenheiten nicht selbst regeln, weil die notwendigen Informationen und Formulare nicht in leichter Sprache vorhanden und zu kompliziert sind.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die AG FW setzt sich dafür ein, dass vom Land NRW ausreichende Mittel für die zuständigen Kommunen bereitgestellt werden

- um Angebote und Einrichtungen nachhaltig und sicher zu finanzieren,
- für die inklusive Umgestaltung in den Kommunen als Querschnittsaufgabe,
- für Personal in den Kommunen, das die Umsetzung von Inklusionsplänen unterstützend begleitet,
- für die Schaffung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum.





Inklusion ist eine der fundamentalen Aufgaben unserer Gesellschaft. Behinderte und Kranke dürfen nicht länger als Kostenverursacher an den Rand der Gesellschaft geschoben werden. Jeder hier investierte Euro ist eine kluge Investition. Ich unterstütze die Positionen der AG FW dabei zu 100%

Gunther Neubert/PIRATENPARTEI



Wir werden weiter daran arbeiten, Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen das Leben im Alltag zu erleichtern. Werkstätten und Einrichtungen für behinderte Menschen müssen weiterhin ihren festen Platz haben. Die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung werden wir garantieren. Eine barrierefreie Umgebung ist eine zentrale Voraussetzung. Gemeinsam mit den Entscheidungsträgern vor Ort wollen wir Konzepte entwickeln, auch um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu erhöhen.

Dr. Ralf Nolten/CDU

CDU



Unser Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ dient als Leitfaden auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft. Darin sind konkrete Schritte beschrieben, was die NRW-Landesregierung in den nächsten Jahren unternehmen will.

Fred Schüller/SPD

SPD

Wir unterstützen Kommunen dabei, Stadt- und Dorfquartiere so zu gestalten, dass dort Menschen – mit und ohne Behinderung – gleichberechtigt leben, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und im Bedarfsfall Unterstützung und Assistenz im Wohnumfeld gesichert sind. Wir fördern bezahlbare barrierefreie Wohnungen und eine barrierefreie Infrastruktur, Treffpunkte und unabhängige Beratung, und treten für die Abschaffung des Kostenvorbehalts beim ambulanten Wohnen ein, um die Selbstbestimmung zu sichern.

Isabel Elsner/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



www.wohlfahrt-dueren.de

Langzeitarbeitslosigkeit

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung hat die Zahl der Arbeitslosen deutlich reduziert. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte: In der Statistik hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen kaum verändert. In NRW lag er im Mai 2016 bei 43,6 %. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass in NRW rund 70.000 Personen umfassende Unterstützung benötigen, um eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Gründe dafür sind häufig fehlende Bildungs- und Berufsabschlüsse oder gesundheitliche Probleme. Investitionen in öffentlich geförderte Beschäftigung können dazu beitragen, „arbeitsmarktfernen“ Langzeitarbeitslosen eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu geben. Bildungs- und Qualifizierungsangebote müssen bedarfsgerecht eingesetzt und weiterentwickelt werden. Das gilt auch für die Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Personen.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die AG FW fordert daher, dass das Land NRW seine Gestaltungsmöglichkeiten nutzen sollte, um einen sozialen Arbeitsmarkt in NRW für Langzeitarbeitslose zu schaffen, damit diese auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss dauerhaft Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik werden. Durch das Einbeziehen von Unternehmen und Betrieben kann ein Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt hergestellt werden.

Das Land NRW sollte auf Bundesebene den Passiv-Aktiv-Transfer zur Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung einfordern. Damit langzeitarbeitslose Menschen wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, müssen, statt Kosten der Unterkunft für Leistungsbezieher zu finanzieren („passiv“), kommunale Mittel zur Förderung von Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose eingesetzt werden („aktiv“). In NRW müssen Integrationsperspektiven für die dauerhafte Beschäftigung von bisher langzeitarbeitslosen Menschen geschaffen und die Rahmenbedingungen für einen sozialen Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dazu müssen auf Landesebene die Arbeitsmarktinstrumente passgenau und bedarfsgerecht ausgebaut werden.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Zustimmung zu Ihrer Position. Wir wollen den Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung: Mehr Stellen, mehr Menschen fördern und die Zeit der Unterstützung verlängern. Der Soziale Arbeitsmarkt muss bundesweit als Regelinstrument in das SGB II aufgenommen werden und über den Passiv-Aktiv-Transfer mitfinanziert werden. Insgesamt muss die Arbeitsförderung erleichtert werden. Ständig wechselnde Programme mit neuen Förderkriterien müssen im Sinne aller Beteiligten eingeschränkt werden.

Isabel Elsner/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Genau nach diesen Vorschlägen kann ein Aktionsplan wirkungsvoll funktionieren. Leider sieht das danach immer anders aus. Ständige Planänderungen, stupide Jobs, Auflagen, überflüssige Bürokratie vermiesen den betroffenen Menschen die Motivation, und genau daran sind fast alle bisherigen Maßnahmen ins Leere gelaufen. Konsequenz ist gefragt.

Gunther Neubert/PIRATENPARTEI



Wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik bekämpfen und neue Beschäftigungsmodelle entwickeln. Das Instrument der Arbeitsgelegenheit (AGH) muss konsequenter genutzt werden; außerdem soll die Schaffung neuer AGHs geprüft werden. Kommunale Beschäftigungsgesellschaften können Arbeitsmarktferne auffangen. Staatliche Förderprogramme werden kritisch überprüft und ausschließlich unter den Kriterien der Effizienz, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit weitergeführt bzw. neu konzipiert.

CDU

Dr. Ralf Nolten/CDU



Wir setzen uns für einen sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher Entlohnung ein, um Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in Arbeit zu erleichtern, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Fred Schüller/SPD

SPD



www.wohlfahrt-dueren.de



Bezahlbarer Wohnraum

Die Lage am Wohnungsmarkt, insbesondere für Wohnungssuchende in der Stadt Düren, ist äußerst schwierig. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies wird verstärkt durch anerkannte Flüchtlinge, die ebenfalls bezahlbaren Wohnraum benötigen. Etwa 60 bis 70 % der Dürener Bürger haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Im Kreis Düren beziehen ca. 14.800 Haushalte Leistungen nach dem SGB II oder XII, etwa 58 % der Bedarfsgemeinschaften leben in der Stadt Düren. Der Wohnungsmarkt hat sich seit 2014 negativ entwickelt.

Bei einem Erfahrungsaustausch im Rahmen des Dürener Netzwerkes Wohnen wurde unlängst deutlich, dass der Leerstand an Wohnungen deutlich gesunken sei und der Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen sich um 20 % reduziert habe. Der Bedarf an preiswerten barrierefreien Wohnungen für ältere oder behinderte Menschen steige dagegen. Zahlreiche verfügbare Wohneinheiten befinden sich vor allem in Wohnlagen mit schlechter Umgebung und schlechter Bausubstanz. Es findet eine starke Mieterselektion statt.

Im Kreis Düren und insbesondere in der Stadt Düren gibt es zu wenige Mietwohnungen im unteren Preissegment, ganz zu schweigen von einer möglichen Barrierefreiheit von Wohnungen. Damit ist auch unsere Region mittlerweile von der angespannten Wohnungssituation, die für zahlreiche Regionen in NRW beklagt wird, betroffen.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die AG FW fordert – wie auch die Regionale Armutskonferenz – ein Konzept zum sozialen Wohnungsbau, das eine ausreichende Verfügbarkeit von Wohnungen im unteren Preissegment sicherstellt sowie eine Überarbeitung der Bauvorschriften mit dem Ziel, den Bau von Sozialwohnungen (schneller) zu ermöglichen. Die AG FW erwartet von der Politik Maßnahmen, um der angespannten Lage am Wohnungsmarkt entgegen zu steuern.



SPD

Wir werden den Neubau von Wohnungen von jährlich 50.000 auf 80.000 steigern. Öffentlich-rechtliche, kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sollen gefördert und gestärkt werden. Die Privatisierung öffentlichen Wohneigentums lehnen wir ab.

Cem Timirci/SPD



Alleine 2015 sind rund 40 % aller bundesweit geförderten Mietwohnungen in NRW gebaut worden. Das Jahresergebnis zeigt, dass die Maßnahmen wirken. Es wurden 11.149 Wohnungen gefördert, davon 9.301 neue Mietwohnungen, insgesamt ist das ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 66 %. Es braucht weiterhin eine breite gesellschaftliche Debatte, ob man eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit mit einer dauerhaften Bindung von Wohnraum schaffen kann, der dann auch den Ansprüchen eines durchmischten Wohnens gerecht wird.

Isabel Elsner/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Ja, allerdings würde die Ausarbeitung eines Konzeptes wieder viel Zeit in Anspruch nehmen und vieles würde dann verhindert oder verzögert werden. Viel schneller würde es gehen, wenn das Land und der Bund den Städten mehr Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen und dann vor Ort entschieden wird.



**PIRATEN
PARTEI**

Sascha Zuther/PIRATENPARTEI

Bund und Land müssen den sozialen Wohnungsbau ankurbeln, damit möglichst schnell genügend bezahlbarer Wohnraum für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive wie auch für die einheimische Bevölkerung zur Verfügung steht. Kommunen und Wohnungswirtschaft müssen im Dialog Anreize für neue und innovative Angebote schaffen. Restriktionen für die Ausweisung von Bauland müssen aus dem Landesentwicklungsplan entfernt, das Baurecht entrümpelt und die Baugenehmigungsverfahren schneller und günstiger werden.

Dr. Ralf Nolten/CDU



CDU



www.wohlfahrt-dueren.de



Positionen 5

Energiewende

Die Folgen des menschengemachten Klimawandels sind längst unübersehbar: Zunehmende Überschwemmungen oder Stürme zerstören Hab und Gut der Menschen, Dürren oder Regenfälle verringern und vernichten Ernten. Besonders in armen Ländern, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben, verschärft der Klimawandel Armut und Hunger. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, hat sich die Weltgemeinschaft vorgenommen, die Erderwärmung durch Verringerung der Treibhausgase wie CO² zu begrenzen. In Deutschland gilt es den Ausstoß von Treibhausgasen stringent und um mindestens 95 % bis 2050 zu reduzieren.

Das Problem besonders in NRW ist aber, dass diese Ziele nicht mit dem Festhalten an den alten Abbauzielen für die Braunkohletagebaue zu erreichen ist. Technisch wäre eine Kompensation der Braunkohle durch Erneuerbare Energie und Energieeinsparungen möglich.

Gleichzeitig sind mit dem Energieträger Braunkohle in NRW aber auch erhebliche wirtschaftliche Interessen und viele Arbeitsplätze verbunden.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die Energiewende zu organisieren heißt für NRW: Der weitaus überwiegende Teil der fossilen Energiereserven muss unter der Erde bleiben. Nur durch einen Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas können die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft erhalten werden. Dafür müssen sowohl, anstatt der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen, klimafreundliche Energien eingesetzt werden, als auch deutlich weniger Energie verbraucht werden. Klimaschutz und Energiewende erfordern einen gesetzlich verankerten Kohleausstieg mit einer klaren zeitlichen Vorgabe für die Stilllegung von Kohlekraftwerkskapazitäten. Gleichzeitig müssen weiterhin Förderprogramme für Energiesparprojekte aufgelegt werden.

Für die Braunkohlereviere braucht es verstärkte Strukturförderungen und Alternativen zur Kohleproduktion, die nachhaltig dafür sorgen, dass ein Ausstieg aus der Braunkohle nicht zu einer Verstärkung von Arbeitslosigkeit und Schwächung der regionalen Wirtschaftskraft führt.



CDU

Wir werden die Kommunen aktiv beim Strukturwandel unterstützen und dauerhaft eine Sonderstellung einräumen und ihnen die Ausweisung neuer Gewerbegebiete gestatten. Der Tagebau schafft neue Freiflächen. Diese bieten Möglichkeiten, Flächen neu zu planen und zu nutzen, z. B. für die Neuansiedlungen von Unternehmen, die wiederum Beschäftigung schaffen und sichern. Die Innovationsregion Rheinisches Revier wird dafür Innovationsstrategien und Handlungskonzepte mit neuen Zukunftsperspektiven entwickeln.

Dr. Patricia Peill/CDU



In der Energiepolitik verfolgen wir das Ziel einer sauberen und sicheren Energieversorgung – zugleich muss Energie auch bezahlbar bleiben. Damit die Energiewende gelingt, benötigen wir auch weiterhin moderne, hocheffizient arbeitende fossile Kraftwerke. Sie sind eine wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zu einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, ebenso wie die moderne Speichertechnologie und ein intelligentes Lastmanagement.

Fred Schüller/SPD

SPD



Die Beschlüsse von Paris erfordern für die Klimaschutzpolitik deutlich größere Anstrengungen. Ein ambitionierterer und schnellerer Kohleausstieg spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit der Verkleinerung von Garzweiler II haben wir GRÜNE den Ausstieg aus der Kohleverstromung eingeleitet. Wir wollen in einem Kohlegesetz einen Fahrplan für einen sozialverträglichen, bundesweiten Kohleausstieg in den nächsten zwei Jahrzehnten festlegen und parallel die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen.



Gudrun Zentis/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehe ich anders. Den Energiewandel müssen vor allem finanziell schwache Menschen bezahlen. Normalverdiener können sich keine Windkraftäder oder Kollektoren leisten. Vorrangig soll sichergestellt werden, daß auch Menschen mit wenig Einkommen bezahlbaren Strom erhalten, auch wenn er mit Kohle produziert wird. Strom kann nicht nur für Gutverdiener da sein. Auch sollen Strukturförderungen nicht immer nur in Kohlereviere gehen, auch Orte außerhalb des Ruhrgebietes sollen Gelder erhalten.

Sascha Zuther/PIRATENPARTEI



www.wohlfahrt-dueren.de



Positionen 6

OGS

Laut NRW-Ministerium für Schule und Weiterbildung ist die Offene Ganztagschule (OGS) ein „attraktives, qualitativ hochwertiges und umfassendes örtliches Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot, das sich an dem jeweiligen Bedarf der Kinder und Jugendlichen sowie der Eltern orientiert“. Die OGS soll anspruchsvolle Aufgaben erfüllen: „Die individuelle ganzheitliche Bildung von Kindern und Jugendlichen, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, der Selbst- und Sozialkompetenzen, ihrer Fähigkeiten, Talente, Fertigkeiten und ihr Wissenserwerb sollen systematisch gestärkt werden.“

Die Realität sieht häufig anders aus: Für hochwertige Angebote fehlt in den meisten Fällen eine kostendeckende Finanzierung. Die Qualität hängt vorrangig von freiwilligen Leistungen der einzelnen Kommunen bzw. Kreise ab. Dies führt zu erheblichen regionalen Ungleichheiten. Ebenfalls sind keine Standards für die Qualität definiert. Dies hat zur Folge, dass es sehr große Unterschiede in den örtlichen Standards und Strukturen gibt.

Position der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (AG FW):

Die AG FW erwartet vom Land NRW eine angemessene Finanzierungsgrundlage für die OGS unabhängig vom Finanzstatus der jeweiligen Kommunen. Landesweit müssen verbindliche Mindeststandards festgelegt werden zu den Bereichen Personal und Personalschlüssel, Fort- und Weiterbildung, pädagogisches Konzept, räumliche und sächliche Ausstattung sowie Verpflegung.

Das Land NRW muss die Offenen Ganztagschulen im Primarbereich als zentrale Bildungsinstitution stärken. Ein gelingender Ganzttag stellt hohe Qualitätsanforderungen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Trägern eine auskömmliche Finanzierung eines attraktiven, qualitativ hochwertigen und umfassenden örtlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebotes ermöglichen. Dieses hat sich an den jeweiligen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen sowie der Eltern zu orientieren.



SPD

Wir wollen den Ganzttag weiter ausbauen und Qualität weiter verbessern. Wir werden bundesweit die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Ganzttagsschule schaffen. Wir werden Ungleiches ungleich behandeln. Über einen Sozialindex wollen wir Schulen mit besonderen Herausforderungen in ihrer Arbeit besonders unterstützen.

Cem Timirci/SPD



Mit dem Programm „Ganzttag plus“ wollen wir 600 Mio. Euro in eine deutlich bessere Ausstattung investieren. Im Offenen Ganzttag wollen wir jede Gruppe mit einer ErzieherIn plus ergänzendes Personal ausstatten. Jede Schule mit Ganztagszügen soll ein Bildungsbudget von 15.000 Euro erhalten. Die Betreuungspauschale für alternative Angebote wollen wir um 17,5 Mio. Euro verdoppeln, damit Schulen auch Angebote in den Ferien, am frühen Morgen oder nach 16 Uhr finanzieren können.

Gudrun Zentis/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Ja, es sollte so eingerichtet sein, daß Kinder und Eltern entscheiden, was benötigt wird. Das sollte nicht ein Ministerium in Düsseldorf vorschreiben. Hier wird dringend mehr Geld benötigt.

Sascha Zuther/PIRATENPARTEI



Der Grundgedanke der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentraler Gesichtspunkt der OGS, die zudem den Kindern auch mehr Bildungschancen eröffnen soll. Durch die Wahlfreiheit der Eltern geht es um Angebote, nicht um Verpflichtungen zur Teilnahme. In der OGS müssen qualitativ hochwertige Angebote gewährleistet werden. Dafür soll das Land die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, auch was die Qualifizierung des Personals betrifft.

Dr. Patricia Peill/CDU



CDU



www.wohlfahrt-dueren.de



Freie Wohlfahrtspflege Kreis Düren



Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Düren

c/o Caritasverband für die Region Düren-Jülich e.V.

Dirk Hucko (v.i.S.d.P.), Kurfürstenstr. 10-12, 52351 Düren

Kontakt:

Telefon: +49 2421 481-0

Telefax: +49 2421 481-51

E-Mail: info@agfw-dueren.de

Auflage: 5.000 Stück

Gestaltung: Erik Lehwald, © Caritas Düren-Jülich, 2017

Bildnachweis: iStock, Kreisverbände der Parteien, privat

Logos: Zentralen der Parteien und Wohlfahrtsverbände

